

## 30 Jahre Deutsche Einheit – Transformationsprozess in ganz Deutschland gestalten

Schauen wir auf unser Land, gibt es für unsere deutsch-deutsche Wiedervereinigung nur eine Einschätzung: Sie ist eine Erfolgsgeschichte. So sehen es viele Menschen auf der ganzen Welt und so sieht das auch der Großteil der Menschen in Ost und West. Dieser, unser Weg begann mit der erfolgreichen Friedlichen Revolution von 1989.

Mit der ersten freien Volkskammerwahl am 18. März 1990 wurden die Grundlagen gelegt, dass die deutsche Wiedervereinigung in Angriff genommen und auf Augenhöhe verhandelt werden konnte.

Beide deutsche Staaten hatten sich seit 1945 grundsätzlich verschieden entwickelt und standen während der Zeit des Kalten Krieges auf unterschiedlichen Seiten der zutiefst verfeindeten Lager. Während es auf der einen Seite ein föderales, demokratisches System gab, gab es auf der anderen Seite einen Zentralstaat, die sogenannte Diktatur der Arbeiter- und Bauernklasse. Auf der einen Seite gab es demokratische Parteien und freie Wahlen, auf der anderen Seite wurde ein System von sogenannten Blockparteien unter Führung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) installiert.

Das alltägliche Leben in Ost und West konnte nicht unterschiedlicher organisiert sein. Zwei so gegensätzliche Systeme konnten gleichberechtigt nur auf der Grundlage eines Vertrages zusammengeführt werden. Hervorzuheben und von großer Bedeutung ist, dass die Deutsche Einheit das Ergebnis von Verhandlungen zweier deutscher Staaten war, die beide von demokratisch legitimierten Regierungen geführt wurden.

Einerseits waren die Verhandlungen mit den ehemaligen Siegermächten zu führen, um deren Rechte für "Deutschland als Ganzes" abzulösen und dem vereinten Deutschland die volle Souveränität zurückzugeben. Andererseits waren die Verhandlungen miteinander nötig, um die Bedingungen der Einheit zu verabreden.

Bis heute gibt es in der Öffentlichkeit kein angemessenes Bewusstsein dafür, dass sowohl die frei gewählte Volkskammer und die von ihr gewählte Regierung aktive Subjekte im Prozess der Deutschen Einheit waren. Die demokratisch legitimierte DDR-Regierung von 1990 hat bis heute keinen angemessenen Platz in der öffentlichen Anerkennung gefunden. Auch drei Jahrzehnte später gibt es noch keine gemeinsame Erzählung der damaligen Ereignisse. Vieles findet sich in öffentlichen Darstellungen nur ungenügend wieder. So missachtet etwa die häufige Rede vom "Untergang der DDR", dass dort eine friedliche Revolution stattgefunden hat, die zu einem demokratischen Staat DDR führte, welcher sich in freier Selbstbestimmung durch Beitritt mit der Bundesrepublik vereinigte.

Entscheidend ist es, heute den verschiedenen Perspektiven und Erfahrungen Raum zu geben und sie ins Gespräch miteinander zu bringen. Dabei darf nicht aus dem Blick geraten, welch großes Glück es für Deutschland bedeutet, dass Freiheit und Einheit möglich wurden.

Niemand hatte vor 30 Jahren praktische Erfahrungen, um solch komplizierte Prozesse fehlerfrei zu gestalten. Wir haben bis heute großen Respekt vor den Gestalter\*innen der deutsch - deutschen Wiedervereinigung.

Der notwendige Transformationsprozess und die damit einhergehende komplette Veränderung des bis dahin gewohnten Alltags haben den Menschen in Ostdeutschland viel abverlangt. Die Leistung der Ostdeutschen in diesem Transformationsprozess wird immer noch unterschätzt. Sie können zu Recht stolz darauf sein, einen in diesen Ausmaßen unbekanntem Veränderungsprozess gemeistert zu haben. Denn mit Inkrafttreten

des Staatsvertrags über die Wirtschafts-, Sozial- und Währungsunion am 1. Juli 1990 und der Deutschen Einheit wenige Monate später, am 3. Oktober, veränderte sich das Leben der Ostdeutschen grundlegend.

Für die Menschen in Westdeutschland änderte sich zu diesem Zeitpunkt zuerst einmal nichts. Inzwischen jedoch, 30 Jahre danach, lässt sich annähernd erahnen, welche Strukturbrüche wirklich stattgefunden haben und welche hohe Lebensleistung dazu gehört hat, diese Brüche zu meistern und zu gestalten. Auch wenn die Probleme heute in Ost und West vordergründig gleich erscheinen, so ist doch die Geschichte der Menschen eine andere. Für uns als SPD-Bundestagsfraktion ist klar, dieser Transformationsprozess dauert nach wie vor an.

Parallel zum innerdeutschen Transformationsprozess hat sich die Welt in den letzten 30 Jahren insgesamt stark verändert und prägt zusätzlich die Veränderungen in Ost und West.

Ohne die massiven Schwierigkeiten dieses Prozesses zu unterschätzen, ist der Gewinn von Freiheit und Demokratie jede Anstrengung wert.

Die Aufgaben, vor denen wir heute im Prozess globaler Veränderungen stehen, sind gemeinsame Aufgaben, keine ostdeutschen oder westdeutschen. Der Klimawandel, die Kriege auf der Welt, die anhaltende Flucht von so vielen Menschen aus wirtschaftlichen oder kriegsbedingten Gründen, der Umgang mit weltweiten Pandemien, die voranschreitende Digitalisierung aller Lebensbereiche, der Wandel in der Arbeitswelt, das Einstehen für demokratische Werte, der Kampf gegen Extremismus und übersteigerten Nationalismus sind Aufgaben, die wir nur gemeinsam bewältigen können.

Die wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen in Deutschland sind nach wie vor sehr unterschiedlich. Dennoch sollte es auch hier keine grundsätzliche Differenzierung in Ostdeutsche und Westdeutsche mehr geben. Wollen wir die Herausforderungen aus Vergangenheit und Gegenwart meistern, brauchen wir eine neue Gemeinsamkeit in Deutschland. Klar ist für uns, dass dem Nachholbedarf ostdeutscher Regionen dabei besonderes Augenmerk gewidmet werden muss. Gleichzeitig müssen wir gemeinsam erkannte Fehler der Wiedervereinigung ehrlich benennen und korrigieren, wo dies möglich ist. Das setzt voraus, dass wir uns respektieren und gegenseitig die Leistung der vergangenen Jahre anerkennen.

In den vergangenen drei Jahrzehnten ist beim Aufbau der ostdeutschen Länder viel geschafft worden. Sie sind heute weitgehend von einer modernen Infrastruktur geprägt. Trotz dieser ungeheuren Aufbauarbeit ist die Lücke zu den meisten westlichen Bundesländern noch beträchtlich, von einer selbsttragenden Wirtschaft in Ostdeutschland sind wir weit entfernt.

Die Transformations- und Umgestaltungsprozesse von einer Diktatur in eine Demokratie, von einer Plan- in eine Marktwirtschaft forderte von den Menschen Umstellungen und Anpassungen, auf die sie nicht vorbereitet waren. Sie hatten die politische Freiheit gewonnen, verloren aber die gewohnte soziale Sicherung und oft den Arbeitsplatz. Der gesamte Bezugsrahmen für das eigene Leben und persönliches Handeln änderte sich grundlegend, was bis heute nachwirkt und zuweilen zu großer Verunsicherung führt.

Zu den Erfahrungen, die Ostdeutsche in den Vereinigungsprozess eingebracht haben, gehören der Anspruch ostdeutscher Frauen auf Teilhabe am gesamten gesellschaftlichen Leben und am Arbeitsleben sowie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und das Recht auf Kinderbetreuung in der ganzen Republik. Die Wiedervereinigung hat damit auch Westdeutschland verändert.

Auch nach 30 Jahren ist weiterhin nach den Opfern der DDR zu fragen, und ihnen gesellschaftliche Anerkennung zuzuerkennen.

Die SPD-Bundestagsfraktion sieht sich in der Verantwortung, das Vermächtnis Willy Brandts zu erfüllen: „Jetzt wächst zusammen, was zusammengehört.“

Wir Abgeordnete der SPD-Bundestagsfraktion kämpfen auch 30 Jahre nach der Friedlichen Revolution und der Wiederherstellung der Deutschen Einheit für gleiche Lebensverhältnisse und gleiche Chancen.